fög
Forschungszentrum
Öffentlichkeit und Gesellschaft

Vorlagen vom 29. November 2026

Abstimmungsmonitor

Zusatzfinanzierung AHV

Kriegsmaterialgesetz

Fairness-Initiative

Feuerwerksinitiative

Zwischenbericht

Universität Zürich[UZH]

fög – Forschungszentrum Öffentlichkeit und Gesellschaft / Universität Zürich

18.11.2026

Ein Schlussbericht erscheint Ende November 2026.

Inhalt:

2 Überblick

5 Akteur:innen

7 Methode

Der Abstimmungsmonitor des fög wurde Anfang 2013 erstmals lanciert und erfasst die Medienresonanz und die Tonalität der Beiträge im Vorfeld von eidgenössischen Volksabstimmungen. Der Abstimmungsmonitor wird aus eigenen Mitteln finanziert.

Überblick

Linards Udris

In der Schweizer Medienarena werden alle vier nationalen Abstimmungsvorlagen vom 29. November 2026 insgesamt verhältnismässig schwach thematisiert (Abb. 1). Noch am meisten Resonanz erhält die Zusatzfinanzierung der AHV, etwas weniger das Kriegsmaterialgesetz und noch weniger die beiden Volksinitiativen, d.h. die Fairness-Initiative (auch «Initiative gegen Heiratsstrafe» genannt) und die Feuerwerksinitiative.

Bei den Behördenvorlagen fällt die Tonalität ambivalent aus; bei der Zusatzfinanzierung leicht positiver (+5) als beim Kriegsmaterialgesetz (–1). Auch bei der Feuerwerksinitiative liegt die Tonalität im ambivalenten, wenn auch leicht negativen Bereich (–5). Bei der Fairness-Initiative überwiegt die negative Tonalität (–14).

Resonanz im Vergleich

Alle vier Vorlagen vom 29. November 2026 werden verhältnismässig wenig thematisiert. Die Vorlage zur Zusatzfinanzierung der AHV ist zwar die «Lead»-Vorlage, liegt aber trotzdem gerade mal auf Rang 29 von 74 Volksabstimmungen seit September 2018. Auch das Kriegsmaterialgesetz wird unterdurchschnittlich stark thematisiert. Die Fairness-Initiative und die Feuerwerksinitiative gehören zu denjenigen fünfzehn Vorlagen mit der schwächsten Medienresonanz.

Die schwache Resonanz fällt auch auf im direkten Vergleich zu Volksabstimmungen, die thematisch mit den aktuellen Vorlagen verwandt sind. Die Zusatzfinanzierung der AHV, also die Finanzierung der 13. AHV-Rente durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, wird nicht einmal halb so intensiv diskutiert wie damals die Einführung der 13. AHV. Kurz: Damals wurde um den Grundsatzentscheid (13. AHV-Rente ja oder nein) mit viel Resonanz gestritten, während die mögliche Umsetzung (Erhöhung MWSt.) viel weniger Beachtung findet. Ein ähnliches Muster sieht man auch beim Kriegsmaterialgesetz, das auch nicht mal halb so intensiv diskutiert wird wie die Neutralitätsinitiative. Auch hier gilt: Der Grundsatzentscheid (Welche Form der Neutralität will die Schweizer Bevölkerung?) führt zu grösseren Diskussionen als eine mögliche Lockerung in einem spezifischen Bereich, d.h. den Waffenexporten.

Auch bei der steuerpolitischen Fairness-Initiative, die eine Abschaffung der «Heiratsstrafe» zum Ziel hat, zeigt sich ein ähnliches Bild. Die Individualbesteuerung, die eben erst im März 2026 von der Schweizer Stimmbevölkerung angenommen wurde, findet doppelt so viel Resonanz wie die Fairness-Initiative. In der

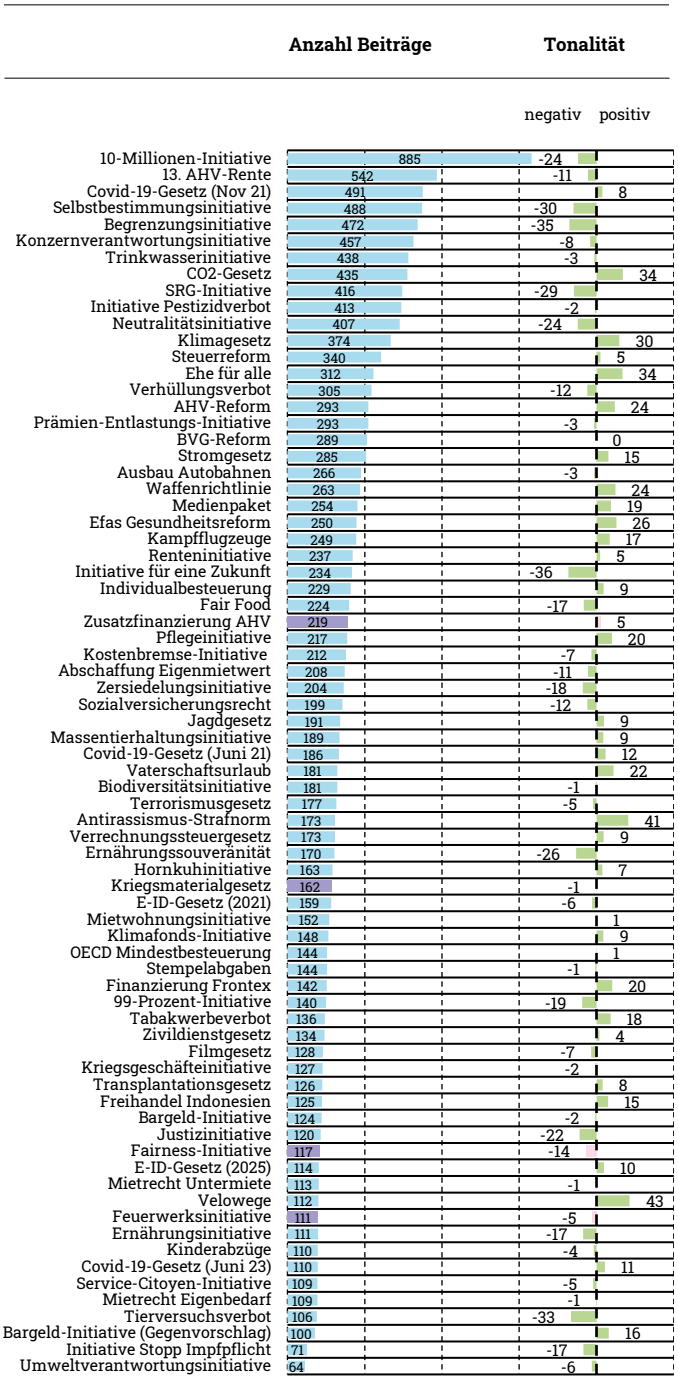


Abbildung 1: Resonanz und Tonalität

Die Abbildung zeigt die Medienresonanz und die Tonalität der Beiträge für die Abstimmungen vom 29. November 2026 im Vergleich mit allen anderen Abstimmungen seit September 2018. Erfasst wurden jeweils 9 Wochen im Abstimmungskampf. Der Tonalitätsindex kann maximal die Werte +100 (ausschliesslich positiv) bis –100 (ausschliesslich negativ) annehmen (n= 16'852 Beiträge).

Tat besteht ein Teil der Berichterstattung über die Fairness-Initiative sogar aus Argumenten, dass die Fairness-Initiative eine «Zwängerei» sei, da sich das Stimmvolk ja bereits für die Individualbesteuerung ausgesprochen habe. Die Befürworter:innen argumentieren allerdings, dass ihre Initiative bereits vor dem Volksentscheid zur Individualbesteuerung eingereicht worden war.

Die Feuerwerksinitiative rückt in ihrer Argumentation das Tierwohl ins Zentrum, da insbesondere Tiere unter lautem Feuerwerk leiden würden. In dieser Hinsicht lässt sich die Feuerwerksinitiative vergleichen mit anderen Vorlagen im Bereich Tierwohl und Tierschutz. So fällt auf, dass die Feuerwerksinitiative auch bei diesem Vergleich schwache Resonanz erhält. Die Hornkuh-Initiative zum Beispiel oder auch die Initiative gegen die Massentierhaltung hatten mehr Beachtung erfahren. Die Feuerwerksinitiative wird ähnlich schwach thematisiert wie die Initiative für ein Tier- und Menschenversuchsverbot. Obwohl die Initiative laut ersten Umfragen sogar gute Chancen hat, angenommen zu werden, lässt sich keine starke Gegenmobilisierung beobachten, die zu einer stärkeren Medienresonanz führen würde. Dies legt nahe, dass die Initiative nicht als brisant wahrgenommen wird.

Treiber der Medienresonanz

Die Berichterstattung über die AHV-Zusatzfinanzierung wird nicht durch bestimmte externe Ereignisse angetrieben. Stattdessen gibt es immer wieder Berichte und Einordnungen der Medien zu den (komplexen) Berechnungen, wie es finanziell um die AHV steht und was ein Nein zur Zusatzfinanzierung bedeuten würde. Daneben fallen den Medien die Abweichungen von den erwartbaren Lagern auf. Im linken Lager, das insgesamt für ein Ja wirbt, opponieren mit Juso, SP Genf und VPOD wichtige linke Akteure. Auf der Gegenseite führt die FDP das Nein-Lager an, erhält aber von den grossen Wirtschaftsverbänden weniger Unterstützung als erwartet.

Im Unterschied dazu gibt es beim Kriegsmaterialgesetz einige externe Ereignisse, die mit der Abstimmung in Verbindung gebracht werden. Die Neutralitätsinitiative, über die im September 2026 abgestimmt wurde, wird zuweilen mit dem Kriegsmaterialgesetz verknüpft. Dabei wird insbesondere diskutiert, welche Auswirkungen die schweizerische Neutralitätspolitik und die vom Gesetz vorgeschlagenen (neuen) Regeln für Waffenexporte sowie auf die Ukraine und Russland haben könnten. Aufmerksamkeit erhalten ebenfalls die verhältnismässig guten Zahlen der schweizerischen Rüstungsindustrie (z.B. der Firma Rheinmetall), was mit einer Diskussion verbunden wird, inwiefern eine Lockerung der Waffenexporte notwendig ist. Auch der Betrugs- und Compliance-Skandal um das Rüstungsunternehmen Ruag, bei dem Exportbestimmungen umgangen worden waren, findet seinen Niederschlag in der Berichterstattung. Für einige Akteur:innen ist dieser Skandal Beleg dafür, dass Bestimmungen für Waffenexporte nicht gelockert werden sollten, und für weitere Akteur:innen ein Grund für den Vertrauensverlust in Armee und Rüstungsindustrie. Schliesslich findet auch der Versuch der SP mediale Resonanz, das Abstimmungsbüchlein des Bundes wegen angeblich irreführender Aussagen zu skandalisieren. Insgesamt scheint das Pro-Lager eher in der Defensive. Aktiv schaltet sich neben dem Bundesrat auch eine bürgerliche Allianz in die Diskussion ein, daneben auch kleinere und grössere Waffenproduzenten, die u.a. argumentieren, dass sie bei einem Nein zur Gesetzesänderung möglicherweise die Schweiz verlassen müssten.

Bei den beiden Volksinitiativen läuft die Diskussion in normalen Bahnen. Die sehr schwache Resonanz der Feuerwerksinitiative geht auch damit einher, dass zwar zivilgesellschaftliche Akteur:innen präsent sind, Parteien aber kaum (vgl. Abb. 6). Bei der Fairness-Initiative wiederum handelt es sich um eine Diskussion zwischen Parteien und innerhalb der etablierten Politik, mit nur sehr geringer Resonanz von Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft (vgl. Abb. 5).

Tonalität im Vergleich

Bei den anstehenden Abstimmungsvorlagen handelt es sich um zwei Behördenvorlagen und zwei Volksinitiativen. Initiativen stossen im längerfristigen Vergleich in den Medien eher auf Ablehnung, während Behördenvorlagen tendenziell Zuspruch erhalten. Das zeigt u.a. eine systematische Analyse von 44 Abstimmungen.

Vor diesem Hintergrund entspricht die ambivalente, aber leicht positive Tonalität bei der Zusatzfinanzierung der AHV (+5) dem Normalfall. Beim Kriegsmaterialgesetz halten sich Zustimmung und Ablehnung die Waage (–1) – ein Hinweis darauf, dass es bei dieser Behördenvorlage mehr Kritik gibt als sonst.

Auch die negative Tonalität bei der Fairness-Initiative (–14) passt ins Bild. Im Vergleich dazu fällt die Kritik an der Feuerwerksinitiative verhaltener aus (–5). Dass die Tonalität bei der Feuerwerksinitiative nicht negativer

ausfällt, liegt vermutlich auch daran, dass sich kaum parteipolitische Akteur:innen oder Wirtschaftsverbände resonanzstark gegen die Initiative positionieren.

Sprachregionale Unterschiede

Zwischen den grossen Sprachregionen gibt es in der Berichterstattung neben Gemeinsamkeiten auch Unterschiede (Abb. 2). Gemeinsam ist, dass in beiden Sprachregionen die AHV-Vorlage am meisten und das Kriegsmaterialgesetz am zweitmeisten Aufmerksamkeit erfahren. Auch die ambivalente Tonalität bei der Feuerwerksinitiative und die etwas negativere Tonalität bei der Fairness-Initiative zeigen sich in beiden Sprachregionen.

Unterschiede gibt es in der Tonalität bei den beiden Behördenvorlagen. Während in den Medien der Deutschschweiz die Zusatzfinanzierung der AHV mehrheitlich auf Akzeptanz stösst (+14), fällt die Kritik in den Medien der Suisse romande stärker aus (–12). Ein umgekehrtes Bild zeigt sich beim Kriegsmaterialgesetz: Dieses wird in den Medien der Deutschschweiz kritischer bewertet (–9) als in den Medien der Suisse romande (+15).

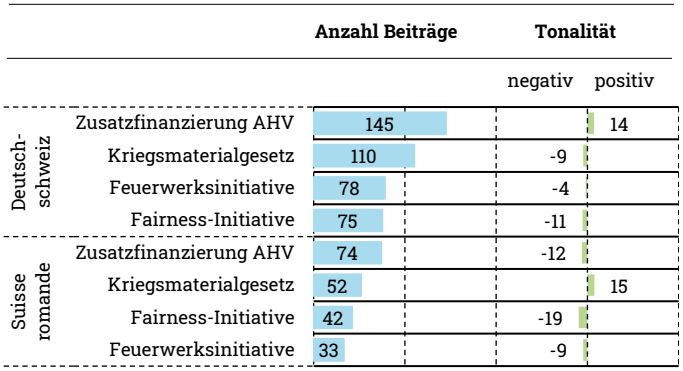


Abbildung 2: Resonanz und Tonalität in den Sprachregionen

Die Abbildung zeigt die Medienresonanz und die Tonalität der Beiträge für die Abstimmungen vom 29. November 2026 im Vergleich der beiden Sprachregionen. Der Tonalitätsindex kann maximal die Werte +100 (ausschliesslich positiv) bis –100 (ausschliesslich negativ) annehmen (n= 609 Beiträge).

Akteur:innen

Bei den beiden Behördenvorlagen ist es jeweils eine Partei, die als Gegnerin des geplanten Gesetzes insgesamt am meisten Aufmerksamkeit erfährt. Bei den beiden Volksinitiativen sind es jeweils die Initiant:innen, die an der Spitze der Medienresonanz stehen. Diese Muster sind typisch für die Berichterstattung über Referenden und Volksinitiativen.

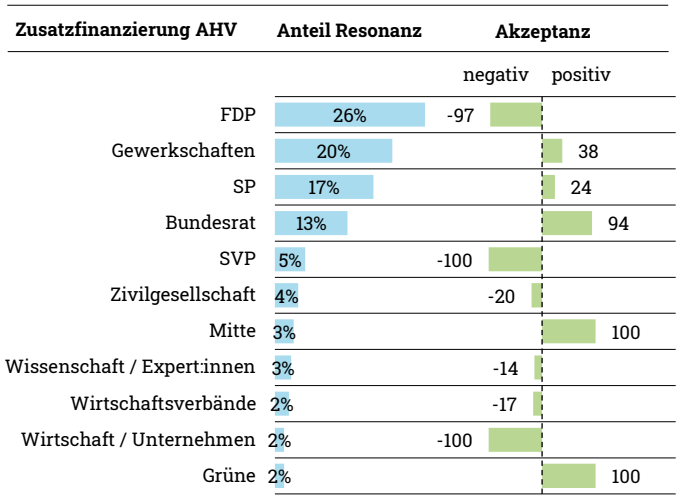


Abbildung 3: Resonanz und Akzeptanz der Akteur:innen – Zusatzfinanzierung AHV

Die Abbildung zeigt die bedeutendsten Akteur:innen, die in den untersuchten Medien zur Zusatzfinanzierung der AHV Stellung beziehen, sowie deren Akzeptanz in Bezug auf die Vorlage. Der Akzeptanzindex kann maximal die Werte +100 (ausschliesslich positiv, d.h. Zustimmung) bis -100 (ausschliesslich negativ, d.h. Ablehnung) annehmen (n = 244 Aussagen).

Zusatzfinanzierung AHV

Sowohl im Ja-Lager als auch im Nein-Lager gibt es Akteur:innen, die starke Medienresonanz erhalten (Abb. 3). Auf der Nein-Seite ist die FDP relativ präsent (26%), während die ebenfalls kritische SVP (5%) viel seltener präsent ist. Auf der Ja-Seite erhalten in erster Linie Gewerkschaften (20%), die SP (17%) und der Bundesrat (13%) Resonanz, daneben mit viel schwächerer Resonanz die Mitte (3%) und Grüne (2%).

Im linken Lager vertreten allerdings nicht alle Gruppen einheitliche Positionen. Dies erkennt man in Abb. 3 daran, dass die Akzeptanzwerte nicht nahe bei +100 liegen. Tatsächlich haben Gewerkschaften insgesamt einen Akzeptanzwert von +38 – ein Hinweis darauf, dass v.a. die medial präsente Gewerkschaft VPOD sich gegen die Vorlage positioniert. Auch bei der SP (+24) ist die Position nicht einheitlich. Unter anderem die SP im Kanton Genf spricht sich gegen die Zusatzfinanzierung aus.

Auffallend gerade im Vergleich zur Initiative für eine 13. AHV-Rente ist, dass dieses Mal verschiedene Akteursgruppen kaum beziehungsweise viel seltener vorkommen, die damals die Medienberichterstattung mitgeprägt hatten: zivilgesellschaftliche Akteur:innen (damals v.a. betroffene Rentner:innen), die SVP und Wissenschaftler:innen. Auch Wirtschaftsverbände und Unternehmen halten sich zurück und sind kaum präsent.

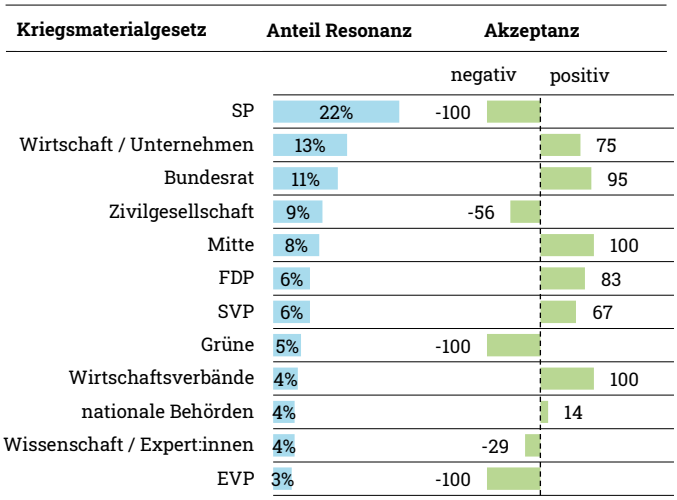


Abbildung 4: Resonanz und Akzeptanz der Akteur:innen – Kriegsmaterialgesetz

Die Abbildung zeigt die bedeutendsten Akteur:innen, die in den untersuchten Medien zum Kriegsmaterialgesetz Stellung beziehen, sowie deren Akzeptanz in Bezug auf die Vorlage. Der Akzeptanzindex kann maximal die Werte +100 (ausschliesslich positiv, d.h. Zustimmung) bis -100 (ausschliesslich negativ, d.h. Ablehnung) annehmen (n = 186 Aussagen).

Kriegsmaterialgesetz

Die Diskussion um das Kriegsmaterialgesetz wird relativ stark von der SP geprägt, die als Gegnerin von allen Gruppen am meisten präsent ist (22%). Kritik an der Vorlage wird ebenfalls von den Grünen (5%) und der EVP (3%) vorgebracht, allerdings mit schwächerer Resonanz. Mehr Kritik als Zustimmung lässt sich auch bei zivilgesellschaftlichen Akteur:innen und Organisationen beobachten (9%).

Zustimmung zum Gesetz wird in den Medien von bürgerlicher Seite und dem Bundesrat (11%) vorgebracht. Neben den Parteien Mitte (8%), FDP (6%) und SVP (6%) sind auch Wirtschaftsverbände (4%) und allen voran einzelne Unternehmen (13%), darunter

Waffenproduzenten, in den Medien sichtbar und bringen Argumente für eine Lockerung des Kriegsmaterialgesetzes ein.

Fairness-Initiative

In den Medien stehen die Initiant:innen aus der Mitte-Partei an der Spitze der Medienresonanz (24%) – für eine Volksinitiative relativ typisch (Abb. 5). Unterstützung erhalten sie von Akteur:innen der SVP (11%).
Darüber hinaus lassen sich in den Medien keine Gruppen finden, die sich resonanzstark für die Initiative aussprechen. Im Gegenteil: Mehrere Akteur:innen treten medial im Nein-Lager auf, allen voran der Bundesrat (16%), die FDP (16%) und die SP (10%). Auch Grünliberale (5%) und Grüne (4%) und teilweise auch Vertreter:innen von Gemeinden und Kantonen (6%) äussern medial Kritik an der Fairness-Initiative.
Insgesamt kommen in der Diskussion um die Fairness-Initiative fast nur Vertreter:innen von Parteien und der Bundesrat vor. Dies könnte darauf hindeuten, dass die Initiative zumindest bislang keine starke öffentliche Kontroverse auslöst.

Feuerwerksinitiative

Die Initiant:innen, die überwiegend aus der Zivilgesellschaft stammen, stehen insgesamt an der Spitze der Medienresonanz (27%) – für eine Volksinitiative typisch (Abb. 6). Zur Zivilgesellschaft werden allerdings auch Einzelpersonen gezählt, die in gewissen Fällen die Initiative ablehnen, deshalb liegt die Akzeptanz nicht bei +100, sondern bei +75.
Zusätzliche Unterstützung erhält das Pro-Lager, darunter die summarisch als «Befürworter:innen» oder bloss als «Pro-Komitee» bezeichneten Gruppen, nur am Rande. Denn nur in wenigen Fällen sprechen sich auch die Grünen (2%) und Vertreter:innen der Polizei (2%) für ein Verbot von Feuerwerken aus, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen.
Die meisten Akteur:innen, die in den Medien vorkommen, sprechen sich allerdings gegen die Feuerwerksinitiative aus. Im Nein-Lager am sichtbarsten sind der Bundesrat (13%), die FDP (12%) und Unternehmen, in erster Linie aus der betroffenen Feuerwerksbranche (11%). Auch der Schweizerische Gewerbeverband (codiert unter «Wirtschaftsverbände») (7%) sowie die SVP (6%) und die Mitte (4%) finden gewisse Medienresonanz.

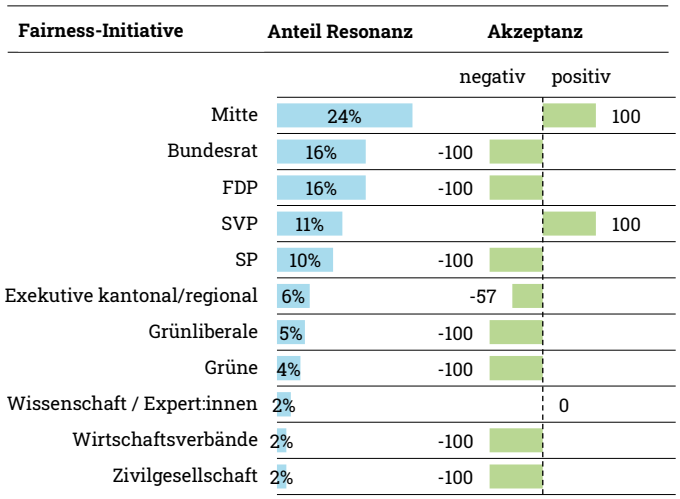


Abbildung 5: Resonanz und Akzeptanz der Akteur:innen – Fairness-Initiative

Die Abbildung zeigt die bedeutendsten Akteur:innen, die in den untersuchten Medien zur Fairness-Initiative Stellung beziehen, sowie deren Akzeptanz in Bezug auf die Vorlage. Der Akzeptanzindex kann maximal die Werte +100 (ausschliesslich positiv, d.h. Zustimmung) bis -100 (ausschliesslich negativ, d.h. Ablehnung) annehmen (n = 122 Aussagen).

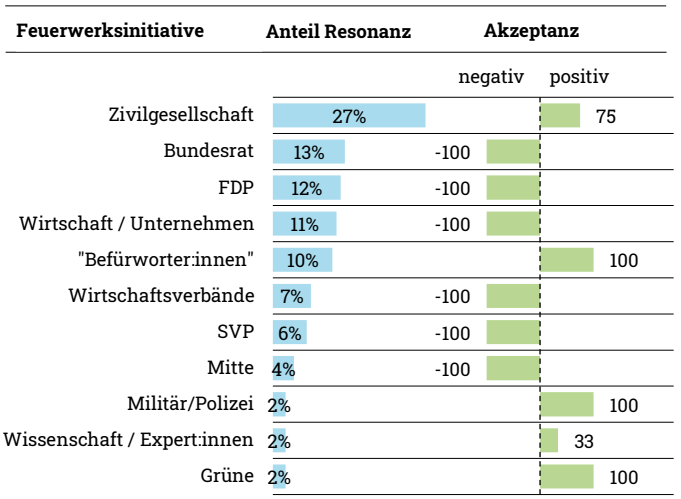


Abbildung 6: Resonanz und Akzeptanz der Akteur:innen – Feuerwerksinitiative

Die Abbildung zeigt die bedeutendsten Akteur:innen, die in den untersuchten Medien zur Feuerwerksinitiative Stellung beziehen, sowie deren Akzeptanz in Bezug auf die Vorlage. Der Akzeptanzindex kann maximal die Werte +100 (ausschliesslich positiv, d.h. Zustimmung) bis -100 (ausschliesslich negativ, d.h. Ablehnung) annehmen (n = 135 Aussagen).

Methode

Auswahl der Beiträge

Erfasst werden alle redaktionellen Beiträge, die sich zentral mit den Abstimmungsvorlagen auf nationaler Ebene auseinandersetzen und im Zeitraum vom 07. September 2026 bis zum 08. November 2026 erschienen sind. Es werden 506 verschiedene Medienbeiträge erfasst, wobei in einem Beitrag bis zu vier Vorlagen gleichzeitig angesprochen werden können (AHV Zusatzfinanzierung: n = 219; Kriegsmaterialgesetz: n = 162; Fairness-Initiative: n = 117; Feuerwerksinitiative: n = 111). 92% der Beiträge thematisieren eine Vorlage, 8% mindestens zwei Vorlagen. Unbearbeitete Agenturmeldungen und Kurzformen (z.B. «In Kürze») werden nicht berücksichtigt.

Tonalität der Beiträge

Die Akzeptanz gegenüber den Abstimmungsvorlagen wird über die Tonalität gemessen, die sich im Artikel insgesamt beobachten lässt. Dabei wird zwischen einer «positiven», einer «negativen», einer «kontroversen (ambivalenten)» und einer «neutralen» Tonalität unterschieden. «Neutral» bedeutet nicht, dass die Medien «neutral» im Sinne von «ausgewogen» in einem Beitrag sowohl Pro- als auch Kontra-Akteuren Resonanz erteilen (= «kontrovers»), sondern bezeichnet Beiträge, in denen keine Argumente vermittelt werden (z.B. Deskription von Umfrageergebnissen) und/oder in denen Zusatzinformationen geliefert werden, deren Tonalität gegenüber der Vorlage unklar ist (z.B. deskriptive Auflistung der gesetzlichen Regelungen in Nachbarstaaten). In stärkster Form zeigt sich die Tonalität bei Aussagen, die explizit eine Abstimmungsempfehlung beinhalten. Daneben zeigt sich die Tonalität aber auch bei Aussagen

- zur «Grundproblematik» einer Vorlage (z.B. Beiträge, die darauf hinweisen, dass Tiere unter lauten Feuerwerken leiden– «positiv»);
- zur Zweckmässigkeit oder Legitimität der Massnahmen, die mit der Vorlage verbunden sind (z.B. Bericht darüber, dass das Kriegsmaterialgesetz Waffenexporte in Autokratien erlaube – «negativ»);
- zur sozialen Reputation von Kampagnen-Akteuren (z.B. Vorwurf, die Befürworter:innen würden irreführende Aussagen verwenden – «negativ»);
- zur funktionalen Reputation von Kampagnen-Akteuren (z.B. Lob für wirksame Kampagnen-Führung der Befürworter:innen – «positiv»)
- bei zugespitzten Aussagen über die Akzeptanz der Vorlagen gemessen an Meinungsumfragen, mit Thematisierung der Auswirkungen auf die Kampagnenführung und die Erfolgschancen (z.B. «XY erleidet Schiffbruch und Befürworter sind nervös» – «negativ»).

Der Tonalitäts-Wert, der sich zwischen -100 und +100 bewegen kann, wird wie folgt berechnet: (Anzahl Beiträge mit positiver Tonalität minus Anzahl Beiträge mit negativer Tonalität) geteilt durch Anzahl alle Beiträge multipliziert mit 100.
Für jeden Beitrag wird bestimmt, ob die Tonalität primär über die Medien selbst bestimmt wird («Medium»), primär über Akteure, die in den Medien zu Wort kommen («Akteure»), oder mehr oder minder gleichgewichtet durch Medien und Akteure («Medium und Akteure»). Eine medienbestimmte Tonalität lässt sich in stärkster Form in Kommentaren und Leitartikeln erkennen, aber auch bei (Hintergrund-)Berichten, bei denen das Medium Bewertungen einspeist («Medium»). Dazu gehören sowohl explizite Positionierungen des Mediums (explizite Empfehlung, eine Vorlage an- oder abzulehnen) als auch implizite Positionierungen (z.B. Bestätigung der Grundproblematik einer Initiative). Daneben erfassen wir diejenigen Fälle, in denen zwar Akteure ihre Positionen einspeisen, die Medien aber diese Akteure und/oder Positionen ebenfalls prominent bewerten («Medium und Akteure»). Fälle einer primär akteursbestimmten Tonalität sind Gastbeiträge von Akteuren, Interviews und «vermeldende» Berichte über die Stellungnahmen von Akteuren («Akteure»).

Akteur:innen und Akzeptanz

Für jeden Beitrag und pro Vorlage werden die maximal drei resonanzstärksten Akteure sowie deren Positionierung gegenüber der Vorlage bestimmt (Akzeptanz). Für die Abstimmungsvorlagen vom 29. November 2026 werden auf diese Weise 687 Aussagen erfasst. Der Akzeptanz-Wert, der sich zwischen –100 und +100 bewegen kann, wird wie folgt berechnet: (Anzahl Aussagen Akteur A mit positiver Positionierung minus Anzahl Aussagen Akteur A mit negativer Positionierung) geteilt durch Anzahl aller Aussagen Akteur A multipliziert mit 100. In den Grafiken werden jeweils nur die wichtigsten Akteursgruppen dargestellt; daher ergeben die Prozentwerte (Resonanz) der dargestellten Akteure aufsummiert nicht 100%.

Mediensample

Das Mediensample besteht aus 14 Newssites (Online-Auftritten) von Zeitungen, 7 Sonntags- resp. Magazintiteln (Print) und 5 Titeln der SRG aus der Deutschschweiz und der Suisse romande, die jeweils als SRF resp. RTS zusammengefasst werden. Weil das Mediensample seit Sommer 2018 vor allem Newssites statt gedruckten Zeitungen umfasst, sind die Resultate nicht direkt vergleichbar mit den Resultaten des Abstimmungsmonitors zu den Vorlagen von März 2013 bis Juni 2018. Sie sind mehrheitlich vergleichbar mit den einzelnen Berichten seit September 2018 – mit Ausnahme, dass in der Zwischenzeit der früher erfasste blickamabend.ch eingestellt wurde und dass für die Vorlagen seit März 2024 auch die WOZ erfasst wird. Abbildung 1 in diesem Bericht umfasst jedoch bereits ein bereinigtes Sample mit direkter Vergleichbarkeit ab 2018 (d.h. durchgehend mit WOZ und ohne blickamabend.ch).

Newssites Abonnement: 24 heures, Aargauer Zeitung, Basler Zeitung, Berner Zeitung, Le Temps, Luzerner Zeitung, Neue Zürcher Zeitung, Südostschweiz, Tages-Anzeiger, Tribune de Genève

Newssites Boulevard- und Pendlermedien: 20 Minuten, 20 minutes, Blick, Le Matin

Sonntagszeitungen / Magazine (Print): Le Matin Dimanche, NZZ am Sonntag, SonntagsBlick, SonntagsZeitung, Schweiz am Wochenende, Weltwoche, WochenZeitung (WOZ)

Titel SRG: SRF: 10vor10, srf.ch/news (Online), Tagesschau; RTS: Le 19h30 (Journal), rts.ch/info (Online)

Analysen

Die einzelnen Zwischen- und Schlussberichte zu den jeweiligen Volksabstimmungen können hier heruntergeladen werden.

Die jüngste vergleichende Analyse von 44 Abstimmungsvorlagen (2018-2023), die u.a. die politische Positionierung der Medien untersucht, kann hier heruntergeladen werden. Ein kurzes Update, das 61 Volksabstimmungen (2018-2025) umfasst, kann hier heruntergeladen werden.